

Antrag

der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion

Thema: **Fahrradwegebau beschleunigen, Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungseinheiten stärken**

Der Landtag möge beschließen,
die Staatsregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

- a) über den Ausbaustand des sächsischen Radwegenetzes;
- b) wie sich die jährlichen Fortschritte bei der Umsetzung des sächsischen Radwegekonzeptes vollziehen;
- c) wie sich der Planungsvorlauf/-ablauf der Einzelmaßnahmen des sächsischen Radwegenetzes darstellen;
- d) wie die Abstimmung zwischen den Ressorts Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft erfolgt;
- e) wie unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ein geschlossenes Radwegenetz realisiert wird, dass sowohl die Qualität für den Alltagsverkehr als auch die touristische Attraktivität des Freistaates Sachsen steigert;
- f) welche Maßnahmen zur Bereitstellung von Ausgleichs- und Ersatzflächen beim Radwegebau notwendig sind und wie die Auflagenerfüllung sichergestellt wird.

Dresden, 30. November 2017



Unterzeichner: Frank Kupfer
Datum: 30.11.2017

Unterzeichner: Dirk Panter
Ort: Dresden
Datum: 30.11.2017

Frank Kupfer MdL
CDU-Fraktion

Dirk Panter MdL
SPD-Fraktion

II. zu prüfen,

1. inwiefern der Mittelabfluss beschleunigt werden kann, insbesondere,
 - a) welche Möglichkeiten der Beschleunigung bei planungsrechtlichen Verfahren zu erzielen sind,
 - b) welche Zuständigkeiten eine beschleunigte Umsetzung ermöglichen,
 - c) wie Maßnahmen planungsrechtlich vereinfacht und kurzfristig umgesetzt werden können,
 - d) welche Notwendigkeiten bestehen, existierende Förderrichtlinien zu vereinfachen und zu vereinheitlichen;
2. ob in den zuständigen Behörden, insbesondere im Landesamt für Straßenbau und Verkehr ausreichend Fachpersonal für die Angelegenheiten des Radverkehrs vorhanden ist und wie im Falle einer Unterversorgung zusätzliche Kapazitäten zu ermöglichen sind.

III. sich dafür einzusetzen,

1. den Bau von Radverkehrsanlagen an Staatsstraßen weiter voranzutreiben, um den Anteil des Radverkehrs in Sachsen nennenswert zu erhöhen und die Verkehrssicherheit zu stärken;
2. die Kommunen bei der Förderung des Radverkehrs zu unterstützen und bis zum Sommer 2018 die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Landkreise zu initiieren, deren Geschäftsstelle die Organisation und den Informationsaustausch der radverkehrspolitischen Akteure in Sachsen verbessern soll.

Begründung:

Es ist von Bedeutung, den Radverkehr als Bestandteil einer nachhaltigen Verkehrspolitik zu fördern und gleichzeitig die Verkehrssicherheit weiter zu verbessern. Mit der Zielsetzung Sachsen zu einem attraktiven „Fahrradland“ in Deutschland zu machen, bedarf es daher eines stringenten begleitenden Realisierungsplans „Sächsisches Radwegenetz“, der die Maßnahmen zur Umsetzung und die einzelnen Planungsverfahren beinhaltet, um den kontinuierlichen Ausbau des Radwegenetzes sicherzustellen.

Der Mittelabfluss für die Herstellung von Radwegen erfolgt aufgrund der planungsrechtlichen Vorgaben nur sehr zögerlich. Ergänzende Umweltverträglichkeitsprüfungen verlängern unnötig die Planungs- und damit Realisierungsphasen, z.B. straßenbegleitender Radwege. Ergänzend stellt ein weiteres Hemmnis die planungsrechtlichen Vorgaben zum Nachweis von Ausgleichs- und Ersatzflächen dar. Ausgleichs- und Ersatzflächen sind jedoch in den betroffenen Kommunen kaum noch vorhanden, sodass zusätzlich der Radwegebau durch Ankauf von Ausgleichs- und Ersatzflächen den Ausbau des Radwegenetzes verteuert und zeitlich die Umsetzung verlängert.

Eine effiziente Radverkehrsförderung setzt unbürokratische und leicht nachvollziehbare Förderrichtlinien und deren einheitliche Anwendung voraus. Es ist daher zu prüfen, inwiefern Vereinfachungen, Klarstellungen und Vereinheitlichungen, z.B. die technische Richtlinie „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen - ERA 2010“, als verbindliche Grundlage jeglicher Straßenbauförderung dazu beitragen können, den Mittelabfluss zu beschleunigen.

Die grundsätzliche Schwerpunktsetzung bei der Realisierung liegt bei einer weiteren Vereinfachung und Beschleunigung des Planungsrechts, der Fördermittelvergabe sowie

einer sachgerechten Personalausstattung. Nur mit einem stringenten Konzept lässt sich die Fahrradkultur in Sachsen weiter verbessern und das Fahrradfahren noch mehr ins Bewusstsein von Bürgern, Verwaltung und Politik rücken.

In vielen anderen Bundesländern haben sich Arbeitsgemeinschaften für den Radverkehr als ein erfolgreiches Mittel zur schnellen Umsetzung bewährt. Auch in Sachsen gibt es mittlerweile viele Kommunen, die bei der Gründung einer solchen Arbeitsgemeinschaft vorangehen wollen. Sie versprechen sich davon nicht nur eine bessere Koordinierung bei der Fördermittelvergabe, sondern auch eine Stärkung der fachlichen Arbeit durch die Bündelung von Ressourcen bei einer zentralen Anlaufstelle, z.B. für Beratungen zu verkehrsrechtlichen und planerischen Neuerungen oder für gemeinsame Kommunikations- und Marketingmaßnahmen.